

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 45/96

Berlin

Stöglin

7. November 1996

63. Jahrgang

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus Von Reformwiderstand zu Reformabbau

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, BerlinInstitut für Weltwirtschaft
an der Universität KielInstitut für
Wirtschaftsforschung Halle

Die Institute (DIW, IfW und IWH) haben in ihren vergangenen Analysen des Transformationsprozesses in der Republik Belarus zwei Charakteristika hervorgehoben: Zum einen besteht ein ausgeprägtes Mißtrauen politischer Entscheidungsinstanzen gegenüber marktwirtschaftlichen Regelsystemen und Institutionen. Daraus resultierte eine Fülle diskretionärer Eingriffe mit dem Ziel, die Reformen zu verlangsamen und im Zweifel zu revidieren. Zum anderen wird eine möglichst enge politische wie wirtschaftliche Anlehnung an Rußland gesucht, um den Zugang zu billiger Energie und zu Absatzmärkten wiederzuerlangen. Damit hat sich Belarus bislang deutlich gegen weltwirtschaftliche Öffnung im allgemeinen und Anbindung an Westeuropa im besonderen entschieden, so wie sie von allen Nachbarn verfolgt werden. Im Ergebnis ist die Reformzäsur an der Grenze zwischen Belarus und seinen Nachbarn schärfer geworden. Dabei erschiene das Land aufgrund seiner geographischen Lage und des hohen Bildungs- und Ausbildungsstandes seiner Bevölkerung prädestiniert, den mittel- und osteuropäischen Reformländern zu folgen. Aus ökonomischer Sicht spricht dafür vor allem die Tatsache, daß Belarus einen nur kleinen heimischen Markt besitzt und als traditioneller Fertigwarenproduzent auf Exportmärkte angewiesen ist. Offenheit und Reformfreudigkeit sollten daher für die Entscheidungsträger oberstes Gebot sein. Statt dessen muß man ein eklatantes Maß an Reformwiderstand konstatieren.

Die im vorliegenden Herbstbericht¹ der Institute analysierte jüngste Entwicklung zeigt, daß der Reformwiderstand sogar in gezielte Reformrückschritte umschlägt. Dazu trägt bei, daß der politische Entscheidungsprozeß von schwerwiegenden Konflikten zwischen dem Präsidenten einerseits und Parlament beziehungsweise Verfassungsgericht andererseits überschattet wird. Im Zuge der Konflikte werden Medien und Statistik für politische Interessen instrumentalisiert. Dies beeinträchtigt eine unabhängige Analyse des wirtschaftspolitischen Transformationsprozesses.

¹ Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 283/1996, IWH Forschungsreihe, Nr. 8/96.

Die offizielle weißrussische Statistik weist traditionell zahlreiche Lücken und Inkonsistenzen auf. Die Inkonsistenzen sind im laufenden Jahr eher noch größer geworden. So zeigt die Statistik für den Zeitraum Januar bis Juli 1996 einen geringfügigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 vH. Demnach wäre der seit 1991 andauernde Schrumpfungsprozeß zu einem Ende gekommen. Dies entspricht zwar den politischen Vorgaben, denn ein Präsidentenerlaß vom Jahresbeginn „prognostiziert“ ein Wachstum zwischen 0 und 1 vH. Es steht aber im Widerspruch zu der Aussage der Statistik, daß gleichzeitig die Investitionen, der Konsum der privaten Haushalte, die realen Staatsausgaben und auch der Außenbeitrag gesunken sind, teilweise sogar erheblich. Auch höhere Lagerinvestitionen, für die es viele Hinweise gibt, können keinesfalls die Verluste bei den wichtigen Verwendungsaggregaten ausgeglichen haben. Tatsächlich dürfte es daher im 1. Halbjahr 1996 zu einem weiteren Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten in Belarus gekommen sein².

Produktion, Investitionen, Preise

Das Investitionsvolumen (Bauten und Ausrüstungen) ging in den Monaten Januar bis Juli 1996 gegenüber der

entsprechenden Vorjahresperiode um 15 vH zurück (1995: —31 vH), darunter die Bauinvestitionen um 21 vH (1995: —35 vH; vgl. Tabelle 1). Der Anteil der Bauinvestitionen an den gesamten Investitionen betrug 54 vH (1995: 55 vH). Im staatlichen Sektor, in dem weder die Kolchosen noch die in Aktiengesellschaften umgewandelten ehemaligen Staatsbetriebe enthalten sind, wurden etwa drei Viertel aller Investitionen getätigt. Bei der Finanzierung der Investitionen dominierten im 1. Halbjahr 1996 die Eigenmittel der Unternehmen mit einem Anteil von 48 vH (1995: 50 vH). Hervorzuheben ist, daß sich die Gewinnsituation der Unterneh-

² Der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten wird im folgenden ausschließlich anhand der offiziellen Statistiken dargestellt. Diese Quellen berücksichtigen nicht die u.a. von der Weltbank geäußerte Vermutung, daß der Rückgang des Sozialprodukts im GUS-Raum wegen Nichterfassung der privatwirtschaftlichen Aktivitäten und der Redundanz von Teilen der staatlichen Produktion zu Beginn der Transformation in Wirklichkeit deutlich geringer war als in den offiziellen Statistiken ausgewiesen. Eine skeptische Einschätzung dieser Vermutung findet sich bei Wolfram Schrettl, Ulrich Weißenburger: Russia: Success Story or Collapse? In: Sylvia Ostry, Gilbert Winham (Hrsg.): The Halifax G-7 Summit. Issues on the Table, Halifax 1995, S. 107 ff.

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	.	—1,2	—9,6	—10,6	—13	—10	0,2
Industrieproduktion ²⁾	2,1	—1,0	—9,4	—10,0	—17,1	—11,9	2,7
Agrarproduktion ²⁾	—8,7	—4,9	—8,5	3,7	—14,1	—4,7	—5
Bruttoanlageinvestitionen ²⁾	9,0	4,0	—29,0	—15	—11	—31	—15
Beschäftigte	—0,9	—2,5	—2,6	—1,3	—2,6	—6,2	—4,0 ³⁾
Einzelhandelsumsatz ²⁾	14,7	—8,1	—22,0	—14,4	—18	—24	6
Nominaleinkommen je Einwohner	17,7	94,4	755	1 390	2 008	496	70 ⁴⁾
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	76 ⁴⁾
Verbraucherpreise							
Jahresdurchschnitt	4,7	94,1	1 071	1 190	2 221	709	67,7
Dezember zu Dezember	.	.	.	.	1 960	244	44,1 ⁵⁾
Industrielle Erzeugerpreise							
Jahresdurchschnitt	.	.	.	1 530	2 170	499	41,9
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 865	140,3	34 ⁵⁾
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,8

¹⁾ Januar bis Juli 1996 zu Januar bis Juli 1995. — ²⁾ Real. — ³⁾ Juni 1996 zu Juni 1995. — ⁴⁾ 1. Halbjahr 1996 zu 1. Halbjahr 1995.

— ⁵⁾ Juli 1996 zu Juli 1995.

Quellen: Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g., Minsk 1992, S. 161 und 165; Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1993 g., Minsk 1994, S. 16 f.; Respublika Belarus' v cifrach 1994, Minsk 1995, S. 8 ff. und 197; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-dekabre 1994 goda, Minsk 1995, S. 5 ff. und 74; Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1994 g., Minsk 1995, S. 17 f.; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare-dekabre 1995 goda, Minsk 1996, S. 5 ff. und 75; Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1995, S. 18 ff., 55 und 180 ff.; Statističeskij bjulleten', Nr. 6/1996, S. 27 ff. und 182 ff.; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus', janvar-ijun', Minsk 1996, S. 5 ff., 88 und 138 ff.; Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 27 ff. und 182 ff.

Tabelle 2

Investitionsentwicklung in konstanten Preisen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
Investitionen insgesamt	9	4	−29	−15	−11	−31	−15
Produzierender Bereich	5	4	−40	−13	−10	−29	−4
Industrie	2	6	−29	−11	12	−36	−0,1
Landwirtschaft	8	−5	−51	−31	−46	−34	−22
Bauwirtschaft	2	27	−54	−12	−20	−47	−41
Verkehr	3	39	−27	7	−24	0,3	−9
Nachrichtenwesen	−0,4	−17	−58	37	−7	100	119
Handel und Gaststätten	12	−8	−43	−3	81	−62	−7
Materialversorgung und Absatz	38	−27	−38	48	−24	−15	36
Nichtproduzierender Bereich	16	4	−7	−16	−12	−33	−29
Wohnungsbau	13	10	−11	−19	−10	−44	−27
Kommunalwirtschaft	20	18	−0,6	−8	−27	−19	−37
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	−22	−12	−16	−29
Bildungswesen	−9	−3	−4	−12	−13	−58	−39
Kultur und Kunst	−6	6	−37	−13	−25	−29	−59
Wissenschaft	6	−41	−65	−15	−24	−23	−78
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	.	.	.	.	138	28	−7

¹⁾ 1. Halbjahr 1996 zu 1. Halbjahr 1995.

Quellen: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1995, S. 154 und 158 f.; Statističeskij bjulleten', Nr. 6/1996, S. 160 und 164 f.

men im bisherigen Jahresverlauf verschlechtert hat. Der Anteil der Gewinne am BIP sank im 1. Halbjahr 1996 auf 15,7 vH (1995: 19,5 vH)³.

Ein starker Rückgang wurde wie bereits in den Vorjahren bei den Investitionen in die Landwirtschaft verzeichnet (−22 vH). Ihr Anteil an den gesamten Investitionen ging seit 1990 von 29 vH auf 7 vH zurück. Die Investitionen in die Industrie, die 34 vH des Investitionsvolumens ausmachten (1990: 24 vH), blieben im 1. Halbjahr 1996 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum konstant. Der Rückgang bei den Investitionen in den Wohnungsbau belief sich gegenüber dem 1. Halbjahr 1995 auf 27 vH. Der Anteil der Investitionen in den Wohnungsbau an den Gesamtinvestitionen betrug im 1. Halbjahr 1996 22 vH (1990: 20 vH). Weit überdurchschnittliche Rückgänge wurden bei den Investitionen in die Bauwirtschaft (−41 vH), in die Kommunalwirtschaft (−37 vH), in das Bildungswesen (−39 vH), in Kultur und Kunst (−59 vH) und in die Wissenschaft (−78 vH) verzeichnet. Entgegen der allgemeinen Entwicklung gab es einen Zuwachs bei den Investitionen in das Nachrichtenwesen (+119 vH; vgl. Tabelle 2)⁴.

Für die Industrie wird für die ersten sieben Monate des Jahres 1996 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Produktionszuwachs von 2,7 vH ausgewiesen (1995: −11,9 vH; vgl. Tabelle 3). Der Anstieg der Pro-

duktion war auf Nachfrage aus der GUS und auf Lagerinvestitionen zurückzuführen⁵.

Den bei weitem höchsten Produktionszuwachs aller Industriezweige wies im Zeitraum von Januar bis Juli die Eisen- und Stahlindustrie auf (+31,4 vH; 1995: −1,4 vH). Dies dürfte vorwiegend auf den Anstieg der Exporte von Metallen in die GUS im 1. Halbjahr um knapp 50 vH zurückzuführen sein. Auch die Produktionszuwächse von 10,9 vH (1995: +8,9 vH) im Zeitraum Januar bis Juli 1996 in der Chemie und Petrochemie bzw. von 9,4 vH (1995: +10,7 vH) in der Brennstoffindustrie hängen überwiegend mit dem Anstieg der Exporte (chemische und petrochemische Erzeugnisse: +6,5 vH; mineralische Erzeugnisse: +50 vH) zusammen⁶.

³ Vgl. O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus', janvar'-ijun', Minsk 1996, S. 5; Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 84; Respublika Belarus' v cifrach 1995, Minsk 1996, S. 9.

⁴ Vgl. Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 34 f. und 159 ff.; O rabote ... janvar'-ijun', a.a.O., S. 30 ff.; Respublika Belarus' v cifrach 1995, Minsk 1996, S. 157.

⁵ Der Wert der abgesetzten Produktion war im 1. Halbjahr 1996 um 16 vH niedriger als der Wert der erzeugten Produktion.

⁶ Vgl. Vnešnjaja trgovlja Respubliki Belarus' v janvare-ijune 1996 goda, Minsk 1996, S. 49 ff.

Tabelle 3

Industrieproduktion in konstanten Preisen nach Branchen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
Industrie insgesamt ²⁾	2,1	−1,0	−9,4	−10,0	−17,1	−11,9	2,7
darunter:							
Stromwirtschaft	3,1	0,9	−3,1	−10,9	−11,3	−15,8	−0,5
Brennstoffindustrie	−2,3	−5,4	−42,9	−36,9	−45,2	10,7	9,4
Eisen- und Stahlindustrie	8,7	13,1	−13,7	−13,9	−12,5	−1,4	31,4
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3,3	5,1	−7,4	2,8	−14,1	−20,6	0,7
Chemie und Petrochemie	−0,1	−6,7	−14,7	−12,3	−16,8	8,9	10,9
Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie	2,4	6,9	−7,2	−3,4	−12,7	−9,7	9,9
Baustoffindustrie	1,5	5,0	−10,6	−23,9	−28,8	−21,3	−6,2
Leichtindustrie	0,3	1,0	0,7	1,7	−23,0	−34,1	−2,3
Nahrungsmittelindustrie	1,8	−9,4	−17,6	0,1	−5,5	−13,1	−2,5

¹⁾ Januar bis Juli 1996 zu Januar bis Juli 1995. — ²⁾ Ohne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.
Quellen: Statističeskij bjulleten', Nr. 6/1996, S. 105 f.; Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 105 f.

Die Belebung der Industrieproduktion hat sich jedoch nicht in einem entsprechenden Anstieg der Wertschöpfung niedergeschlagen. Einem leichten Anstieg der Reallöhne stand ein Rückgang der Gewinne gegenüber. Sogar die nominalen Gewinne lagen in der Industrie im 1. Halbjahr 1996 trotz eines Anstiegs der Erzeugerpreise um 44 vH (Januar bis Juni 1996 zu Januar bis Juni 1995) etwas niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum⁷. Das bedeutet, daß ein Anstieg oder eine Aufrechterhaltung

unrentabler Produktion nur über versteckte Subventionen und zentralisierte Kredite möglich wurde.

Die monatlichen Preissteigerungsraten blieben im bisherigen Jahresverlauf deutlich im einstelligen Bereich (vgl. Tabelle 4). Im Juli 1996 lagen die Verbraucherpreise um

⁷ Vgl. Statističeskij bjulleten', Nr. 6/1996, S. 205; Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 86; O rabote ... janvar' -ijun', a.a.O., S. 73.

Tabelle 4

Monatliche Preissteigerungsraten 1994 bis 1996

	Verbraucherpreise			Industrielle Erzeugerpreise		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Januar	40,7	39,2	5,6	24,3	44,4	4,7
Februar	18,7	33,7	4,0	17,3	13,2	0,2
März	10,2	20,0	2,0	12,0	9,5	0,6
April	28,6	14,5	1,5	37,0	7,6	1,7
Mai	28,7	3,4	0,6	32,0	1,7	0,3
Juni	19,5	2,5	2,3	22,1	1,3	2,6
Juli	26,6	5,2	2,0	17,6	2,4	2,5
August	53,4	3,0		42,1	5,2	
September	25,5	5,2		41,6	5,0	
Oktober	25,7	3,4		41,5	2,1	
November	40,5	3,7		28,2	2,7	
Dezember	31,3	3,9		26,4	2,2	

Quellen: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1995, S. 191 und 204; Statističeskij bjulleten', Nr. 6/1996, S. 193 und 207; Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 193 und 207.

44 vH über dem Niveau vom Juli 1995 (Nahrungsmittel: +46 vH; übrige Konsumgüter: +44 vH; Dienstleistungen: +36 vH). Bei den industriellen Erzeugerpreisen kam es im Zeitraum von Juli 1995 bis Juli 1996 zu einem Anstieg um 34 vH.

Einkommen, Löhne, Arbeitsmarkt

Die realen Geldeinkommen der privaten Haushalte sind 1996 weniger stark als im Vorjahr gesunken. Im 1. Halbjahr lagen sie um 3 vH unter dem Vorjahresniveau, im Juli nur noch um 1 vH. Im Zeitraum Januar bis Juli 1995 hatte der Rückgang 30 vH und im Gesamtjahr 1995 13 vH gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode betragen. Bei gleichzeitiger Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Reallohnes im Vorjahresvergleich um etwa 3 vH verschob sich die Einkommensstruktur der privaten Haushalte wieder etwas zu Gunsten der Löhne. Der Anteil der sonstigen Einkommen (u.a. Unternehmereinkommen) nahm von 29,4 vH auf 24,7 vH ab (vgl. Tabelle 5)⁸.

Der Rückgang der realen Geldeinkommen war mit einer Verringerung des Anteils der Konsumausgaben verbunden. Dagegen erhöhte sich der Anteil der Ersparnis der privaten Haushalte an der Einkommensverwendung (vgl. Tabelle 5).

Die Struktur der Löhne nach Branchen hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres stark verändert. Offensichtlich wurde die staatliche Lohnfestsetzung im öffentlichen Sektor dazu genutzt, die Löhne in Branchen mit einem niedrigen Ausgangsniveau überdurchschnittlich zu steigern. Das betrifft vor allem die Bereiche Sozial- und Bildungswesen sowie Kultur und Kunst. Es erhöhte sich aber auch das relative Lohnniveau in der Wissenschaft, das bislang bereits über dem Durchschnitt lag. In der Mehrzahl der nicht der staatlichen Lohnregulierung direkt unterliegenden Branchen hat sich die Relation zum Durchschnitt nicht verändert. Die niedrigsten Löhne werden wie bisher in der Landwirtschaft und im Sozialwesen, die höchsten im Bankgewerbe und in der staatlichen Verwaltung gezahlt (vgl. Tabelle 6).

Ende Juni 1996 lag die Zahl der Beschäftigten mit 4,1 Millionen um knapp 1,5 vH unter dem Niveau des Dezember 1995⁹. Die grundsätzlichen Probleme des weißrussischen Arbeitsmarktes blieben ungelöst. Dem Rückgang des BIP

⁸ Einschließlich der Einkommen aus Tätigkeiten bei Botschaften und im Ausland. Vom Ministerium für Statistik wurden die Geldeinkommen für 1995 korrigiert. Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und der übrigen Einkommen wurde für den Zeitraum Januar bis Juli 1995 von 21,1 vH auf 29,4 vH geändert.

⁹ Statisticheskij bjulleten, Nr. 7/1996, S. 59.

Tabelle 5

Struktur der Geldeinkommen der privaten Haushalte

	1993	1994	Januar-Juli 1995 ¹⁾	Januar-Juli 1996
Einkommen	100	100	100	100
darunter:				
Lohneinkommen	62,8	54,7	48,8	53,8
Einkommen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte	3,3	4,0	2	2,2
Renten, Stipendien, soziale Transfers	15,0	13,4	17,6	17,1
Zuwendungen aus dem Finanzsystem (Kredite, Zinsen, Versicherungsleistungen)	3,8	2,3	2,2	2,2
Sonstige Einkommen (Unternehmertätigkeit, übrige Einkommen)	15,1	25,6	29,4	24,7
Verwendung der Einkommen				
darunter:				
Konsumausgaben	82,9	88,2 ²⁾	74,8	71,2
Abführungen an das Finanzsystem (Versicherungsbeiträge, Kredittilgungen, Zinszahlungen, sonstige Beiträge, Steuern)	11,7	6,1	6,4	6,3
Buch-, Wertpapiersparen, Devisenkäufe	5,4	5,7	12,3	20,5
Sonstige Verwendung, Zuwachs des Bargeldbestandes	—	—	6,5	2

¹⁾ Für das Jahr 1995 liegen zwar statistische Angaben vor, jedoch sind sie nicht konsistent mit den zuletzt veröffentlichten Angaben zum 1. Halbjahr 1995. — ²⁾ Aus dem Vergleich der Daten für die Jahre 1994 und 1995 und den Jahresangaben im Statistischen Jahrbuch — Respublika Belarus v cifrach 1995 — ist anzunehmen, daß die sonstige Verwendung in den Vorjahren (1994: etwa 5 vH, 1995: etwa 4 vH) mit in die Konsumausgaben einbezogen worden war.

Quellen: O rabote ... v janvare-dekabre 1994 goda, a.a.O., S. 67-69; O rabote... v janvare-dekabre 1995 goda, a.a.O., S. 68; O rabote ... janvar'-ijul' 1995 goda, a.a.O., S. 60; O rabote ... janvar'-ijul', Minsk 1996, a.a.O., S. 95; Respublika Belarus' v cifrach 1995, S. 94.

Tabelle 6

Lohnentwicklung und -struktur

	Durchschnittslöhne Januar-Juli 1996		Struktur der Löhne		
	Tausend Rubel	in vH zur Vorjahres- periode	1994	1995	Januar-Juli 1996
Gesamtwirtschaftlicher Durchschnittslohn	1 094,1	172	100	100	100
Arbeiter und Angestellte	1 173,1	171	106	106	107
Industrie	1 241,7	171	122	114	113
Landwirtschaft	655,6	172	64	62	60
Kolchosen	596,8	172	59	58	55
Forstwirtschaft	995,4	165	77	96	91
Transportgewerbe	1 394,3	173	117	124	127
Post/Fernmeldewesen	1 195,7	153	96	122	109
Baugewerbe	1 323,5	149	138	139	121
Handel und Gaststätten	960,1	192	88	80	88
Großhandel	1 427,0	168	147	132	130
Wohnungswesen, hauswirtschaftliche Dienstleistungen	1 211,0	176	88	100	111
Gesundheitswesen	1 050,7	183	82	86	97
Sozialwesen	632,5	183	55	53	58
Bildungswesen	957,7	182	80	79	88
Kultur	852,1	186	68	69	78
Kunst	803,1	183	69	68	73
Wissenschaft	1 248,7	189	99	108	114
Bankgewerbe	2 257,6	156	238	225	206
Staatliche Verwaltung	1 541,1	157	125	157	141

Quellen: Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 66 ff.; O rabote ... janvar'-ijun', a.a.O., S. 9.

um 37 vH seit 1990 stand bis Ende 1995 ein Rückgang der Beschäftigung von 14 vH gegenüber. Die Durchschnittsproduktivität ist bis 1995 gegenüber 1990 um 27 vH gesunken: Das verweist auf extrem hohe Beschäftigungsreserven in den Betrieben, denen keine entsprechende Arbeitsnachfrage etwa eines expandierenden privaten Sektors gegenübersteht. Die Zahl der Arbeitslosen nahm seit Jahresbeginn 1996 um 45 000 Personen zu und erreichte im Juni 1996 176 000. Dies entspricht nach der weißrussischen Methodik einer Arbeitslosenquote von 3,7 vH (vgl. Tabelle 7)¹⁰. Die Zahl der als frei gemeldeten Stellen ging zurück. Einer freien Stelle standen im Juni 1996 elf registrierte Arbeitslose gegenüber; das sind doppelt soviel wie im Vorjahr. Während in Minsk auf eine gemeldete Stelle nur drei Arbeitslose kommen, schwankt die Zahl in anderen Gebieten zwischen 10 und 19.

Im Zusammenhang mit dem Produktionsrückgang ist eine sinkende Beschäftigung in der Industrie (–24 vH), im Transportwesen (–18 vH) und vor allem im Baugewerbe (–47 vH) eingetreten. Die sinkende Personalstärke im

Großhandel (–27 vH) sowie in der Wissenschaft (–55 vH) und zunehmende Beschäftigung im Bank- und Versicherungsgewerbe (+62 vH), im Einzelhandel und im Gaststättengewerbe (+32 vH) sowie in der Wohnungswirtschaft (+16 vH) spiegeln vor allem sektorale Veränderungen beim Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen wider. Gleichzeitig ist jedoch auch — zumindest statistisch — die Beschäftigtenzahl in der staatlichen Verwaltung gestiegen, und zwar um 35 vH gegenüber 1990 (vgl. Tabelle 8).

Dies könnte allerdings auch ein Effekt der Reorganisation in der Verwaltung der Betriebe sein. Im 1. Halbjahr 1996 standen dem Rückgang der Personalstärke in der Industrie (–3 vH), im Baugewerbe (–6 vH), im Großhandel (–4 vH) und in der Wissenschaft (–3 vH) Personalerhöhungen in der Forstwirtschaft (5 vH), im Wohnungswesen (6 vH) sowie in der Kunst (6 vH) gegenüber.

¹⁰ Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 63; O rabote ... janvar'-ijun', a.a.O., S. 85.

Tabelle 7

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, offene Stellen

	1994	Dezember 1995	Juni 1996
Beschäftigte (in Tausend)	4 696,0	4 207,2	4 143,5
Arbeitslose (in Tausend) ¹⁾	101,2	131,0	176,1
Arbeitslosenquote (in vH) ¹⁾²⁾	2,1	2,7	3,7
Offene Stellen (in Tausend) ¹⁾	18,3	11,3	16,5
¹⁾ Zum Ende der Periode. — ²⁾ Die Arbeitslosenquote bezieht sich auf die wirtschaftlich aktive Bevölkerung. <i>Quellen:</i> Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 63, 64.			

Öffentliche Haushalte

Die Situation der öffentlichen Haushalte hat sich im 1. Halbjahr 1996 weiter zugespitzt; der deutliche Rückgang der Haushaltseinnahmen hielt an (vgl. Tabelle 9). Auch 1996 wurde auf die verschlechterte Einnahmensitua-

tion mit Ausgabenkürzungen, Ausgabenverlagerung und Zahlungsverzögerungen gegenüber staatlichen Betrieben und privaten Haushalten reagiert. Nach den ersten sechs Monaten lag das Kassendefizit¹¹ des konsolidierten Haushalts bei 2,6 vH des BIP. Damit wurde der auf eine formale Defizitbegrenzung ausgerichtete finanzpolitische Kurs beibehalten und zugleich das Auftreten einer offenen Finanzkrise verhindert.

Der reale Rückgang der Gesamteinnahmen des konsolidierten Haushalts (Anteil 1995: 30 vH des BIP; 1. Halbjahr 1996: 28 vH) wurde von einem Anstieg der Steuerrückstände begleitet. Ende Juni 1996 belief sich die Gesamtsumme der Steuerrückstände auf 11,5 vH der Gesamteinnahmen bzw. 3,5 vH des BIP¹². Da über das Ausmaß der Zahlungsrückstände des Budgets gegenüber den privaten Haushalten und den Unternehmen keine Angaben vorlie-

¹¹ Bei der Berechnung des Kassendefizits werden nur die tatsächlichen Zahlungseingänge und -ausgänge berücksichtigt. Die Zahlungsrückstände der öffentlichen Haushalte werden nicht erfaßt.

¹² Vgl. Minsk Economic News, Nr. 16/1996.

Tabelle 8

Entwicklung der Beschäftigung

	Beschäftigte	Veränderung der Beschäftigtenzahl		Beschäftigtenstruktur	
	Juni 1996	1995 zu 1990	Juni 1996 zu Dezember 1995	1990	1995
	in Tausend	in vH			
Gesamt	4 143,5	85,6	98,5	100,0	100,0
Industrie	1 249,6	76,4	96,9	30,9	27,6
Landwirtschaft (einschl. Kolchosen)	809,7	85,6	98,2	19,1	19,1
Forstwirtschaft	26,1	119,3	105,2	0,4	0,6
Verkehr	244,2	81,5	99,3	6,0	5,7
Nachrichtenwesen	58,4	102,2	101,0	1,1	1,4
Bauwirtschaft	299,0	53,0	93,7	11,1	6,9
Handel und Gaststätten	294,7	131,9	99,3	6,4	9,8
Materialversorgung	37,6	73,3	96,4	1,0	0,9
Wohnungswesen, hauswirtschaftliche Dienstleistungen	139,3	115,9	105,6	2,9	4,0
Gesundheits- und Sozialwesen	290,0	107,0	101,1	5,2	6,5
darunter: Gesundheitswesen	252,8	88,8	100,7	5,4	5,6
Bildungswesen	390,4	96,2	101,5	8,4	9,5
Kultur	52,1	99,1	100,4	1,1	1,3
Kunst	11,8	80,1	106,3	0,3	0,3
Wissenschaft	47,6	44,5	97,3	2,0	1,0
Finanzen, Banken, Versicherungen	50,4	161,7	99,0	0,6	1,1
Staatliche Verwaltung	67,9	135,0	101,5	1,0	1,5

Quellen: Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996, S. 59 ff.; Berechnungen der Institute.

Tabelle 9

Konsolidierter Haushalt
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1992	1993	1994	1995	1996 1. Halb- jahr ¹⁾	1996 Haushalts- gesetz
	Struktur in vH Einnahmen					
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,6	28,3	29,2	25,3
Akzisen	8,9	12,1	10,7	8,3	9,7	11,5
Gewinnsteuer	25,6	29,7	30,9	22,5	15,1	19,2
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	8,6	11,1	.
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	5,0	7,9	.	10,3
Zölle etc.	.	.	9,3	6,3	.	13,1
Sonstige Einnahmen	12,6	15,8	9,2	18,1	34,9	20,5
	Ausgaben					
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,2	16,8	14,4
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	36,0	42,6	50,8	26,8
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,8	.	2,8
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,9	.	10,9
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	.	6,0
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	7,8	.
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	3,4	3,1
Schuldendienst (Inland)	2,0	1,2	0,6	0,6	.	2,3
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,9	.	33,6
Defizit in vH der Ausgaben	5,8	13,1	9,4	8,0	8,5	12,9
	Anteile am B I P in vH* Einnahmen					
Insgesamt	32,4	37,1	36,5	30,0	27,8	.
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,5	8,1	.
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,5	2,7	.
Gewinnsteuer	8,3	11,0	11,3	6,8	4,2	.
Einkommensteuer	2,4	2,6	2,7	2,6	3,1	.
Tschernobylsteuer	2,7	2,9	1,8	2,4	.	.
Zölle etc.	.	.	3,4	1,9	.	.
Sonstige Einnahmen	4,1	5,8	3,4	5,4	9,7	.
	Ausgaben					
Insgesamt	34,4	42,6	40,3	32,7	30,4	.
Volkswirtschaft	14,4	16,5	11,1	6,9	5,1	.
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,9	14,5	13,9	15,4	.
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,6	.	.
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,6	.	.
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	.	.
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	2,4	.
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,2	1,0	.
Schuldendienst (Inland)	0,7	0,5	0,2	0,2	.	.
Sonstige Ausgaben	0,6	4,1	7,1	3,6	.	.
Defizit	2,0	5,5	3,8	2,7	2,6	.

* Aufgrund erheblicher Revisionen des Datenmaterials weichen diese Zeitreihen von den bisherigen Veröffentlichungen ab. —

¹⁾ Berichtszeit der Ausgabenstruktur: Januar bis Mai.

Quellen: Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996: O rabote..... janvar'-ijun', a.a.O., S. 8 und 69; Berechnungen der Institute.

gen, bleibt unklar, ob sich die öffentlichen Haushalte in einer Nettogläubigerposition befinden. Wichtigste Einnahmenquelle war im 1. Halbjahr 1996 die Mehrwertsteuer. Der Anteil der indirekten Steuern an den Gesamteinnahmen des konsolidierten Haushalts¹³ wäre bei fristgerechter Abführung von Seiten der Unternehmen noch deutlich höher gewesen; allein bei der Mehrwertsteuer beliefen sich die Steuerrückstände auf 1,3 vH des BIP bzw. knapp 5 vH der Gesamteinnahmen¹⁴. Während die privaten Haushalte einen erheblichen Teil der Steuereinnahmen finanzierten, wurden die Unternehmen entlastet; der Anteil der Gewinnsteuer an den Gesamteinnahmen ist im Vergleich zum Vorjahr stark gesunken. In dieser Entwicklung spiegelt sich zum einen die verschlechterte Gewinnsituation der Unternehmen. Zum anderen traten zu Jahresbeginn Steuerentlastungen für die Unternehmen in Kraft¹⁵. Darüber hinaus wurden einzelnen Branchen bzw. Unternehmen Ad-hoc-Steuervergünstigungen gewährt. Mittels dieser selektiven Steuerpolitik konnten einzelne Unternehmen oder Branchen mit zusätzlicher Liquidität versorgt werden. Trotz der Sonderregelungen für Einzelunternehmen beliefen sich die Gewinnsteuerrückstände auf 0,6 vH des BIP bzw. 2 vH der Gesamteinnahmen. Der Anteil der Einkommensteuer natürlicher Personen am Gesamtsteueraufkommen ist zwar gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dennoch bleiben die Einnahmen aus dieser Steuerart relativ unbedeutend.

Die Gesamtausgaben des konsolidierten Haushalts beliefen sich im 1. Halbjahr 1996 auf etwa 30 vH des BIP. Angaben über die Ausgabenstruktur liegen nur für die ersten fünf Monate vor¹⁶. Danach waren die Ausgaben für die Volkswirtschaft, d.h. für Investitionen und Subventionen, gegenüber dem Vorjahr weiter rückläufig (1995: 6,9 vH des BIP, 1. Halbjahr 1996: 5,1 vH). Den größten Posten stellten die Ausgaben für die soziale Sicherung, Bildung und Kultur mit einem Anteil von 15,4 vH des BIP bzw. 51 vH der Gesamtausgaben dar. Nach den vorliegenden Angaben waren bis Ende Mai 1996 bereits 76 vH der im Haushaltsgesetz für diesen Posten vorgesehenen Mittel verausgabt worden. Für das Anwachsen dieses Ausgabenpostens dürften im wesentlichen Transfers in den defizitären außerbudgetären Sozialversicherungsfonds verantwortlich gewesen sein¹⁷. Insgesamt ist bei relativ konstanten Ausgaben für die Finanzierung der Rechtsorgane (2 vH des BIP) und für die Verwaltung (1 vH) die Bedeutung der konsumtiven Ausgaben weiter gewachsen.

Das Defizit soll nach dem Haushaltsgesetz vor allem durch Zentralbankkredite finanziert werden (mehr als 50 vH des erwarteten Defizits)¹⁸. Dabei wird davon ausgegangen, daß jeweils etwa 25 vH des Defizits durch die Ausgabe von Staatspapieren und den Zufluß ausländischer Kreditmittel gedeckt werden können¹⁹. Inzwischen ist abzusehen, daß westliche Kredite nicht zur Verfügung stehen werden. Eine entsprechend stärkere Bedeutung kommt damit der Bereitschaft Rußlands zu, Gaslieferungen zu kreditieren und somit indirekt den weißrussischen

Staatshaushalt zu alimentieren. Sollten sich diese Hoffnungen zerschlagen, so kommt Belarus nicht umhin, eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung — einschließlich des quasi-fiskalischen Defizits — einzuleiten.

In der derzeitigen Situation ist besonders eine Abkehr von der Praxis ständiger Veränderungen des Steuerrechts und der Ad-hoc-Regelungen für einzelne Unternehmen erforderlich. Nach dem Unionsvertrag mit Rußland ist eine Angleichung der Steuersysteme bis zum Januar 1997 vorgesehen. Angesichts ähnlicher Einnahmenprobleme in beiden Staaten wird es darauf ankommen, die angestrebte Vereinheitlichung des Steuerrechts zur Vereinfachung und Verbesserung zu nutzen. Bislang wurden jedoch keine konkreten Schritte in diese Richtung unternommen, so daß die fristgerechte Umsetzung des Vertrages fragwürdig erscheint; dies um so mehr, als Rußland erst für das Jahr 1998 eine substantielle Steuerreform anstrebt.

Geld- und Kreditpolitik²⁰

Nach ersten Erfolgen mit der monetären Stabilisierung im Jahre 1995 wurde 1996 ein neuer Kurs eingeschlagen, der Gefahren für den Stabilisierungsprozeß birgt. Dieser Kurswechsel kommt in einer Änderung der Zins- und Kreditpolitik der Notenbank zum Ausdruck. Nachdem in den letzten Monaten von 1995 Zentralbankkredite in erster Linie über Auktionen vergeben worden waren, wurden im 1. Halbjahr 1996 rund 60 vH der Zentralbankmittel wieder in Form von zentralisierten Krediten vergeben. Der Anteil dieser niedrig verzinsten Kredite an dem Bestand der Zentralbankkredite stieg allein im 1. Quartal 1996 von 55 vH auf 76 vH gegenüber Ende 1995 an. Gleichzeitig wurde die bereits 1995 begonnene Zinssenkungspolitik fortgesetzt. Der offizielle Refinanzierungszins wurde im April von 66 vH auf 54 vH und Anfang September weiter auf 35 vH reduziert²¹. Damit bleibt eine erhebliche Zinsdifferenz zu

¹³ In dem konsolidierten Haushalt werden der Staatshaushalt und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften zusammengefaßt. Die Ausgabenseite des konsolidierten Haushalts repräsentiert nicht die Staatsquote, da zahlreiche fiskalische Aktivitäten in außerbudgetäre Fonds verlagert wurden.

¹⁴ Vgl. O rabote ... janvar'-ijun', a.a.O., S. 70.

¹⁵ Vgl. Celovek i ekonomika, Nr. 1/1996.

¹⁶ Vgl. O rabote ... janvar'-ijun', a.a.O., S. 69.

¹⁷ Nach Schätzungen des IWF belief sich das Defizit des außerbudgetären Sozialversicherungsfonds auf 1,2 vH des BIP. Verursacht wurde das Defizit danach vor allem durch wachsende Pensionszahlungen.

¹⁸ Vgl. Zakon Respubliki Belarus': „O bjudžete Respubliki Belarus' na 1996 god'' vom 19. April 1996. In: Vedomosti Verchovnogo Soveta Respubliki Belarus', Nr. 13-14/1996, S. 68-86.

¹⁹ Von untergeordneter Bedeutung bei der Haushaltsfinanzierung werden nach dem Haushaltsgesetz dagegen die Einnahmen aus der Privatisierung sein.

²⁰ Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich die Zahlenangaben dieses sowie des folgenden Abschnittes auf Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds.

²¹ Vgl. Nacyjanal'naja ekanamičnaja gazeta vom 4. September 1996, S. 2.

Schaubild 1a

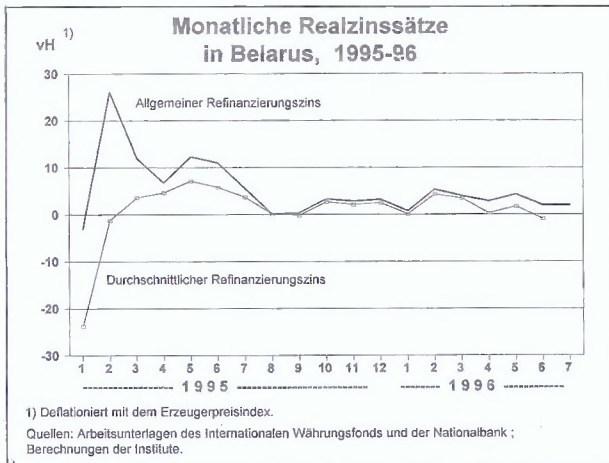
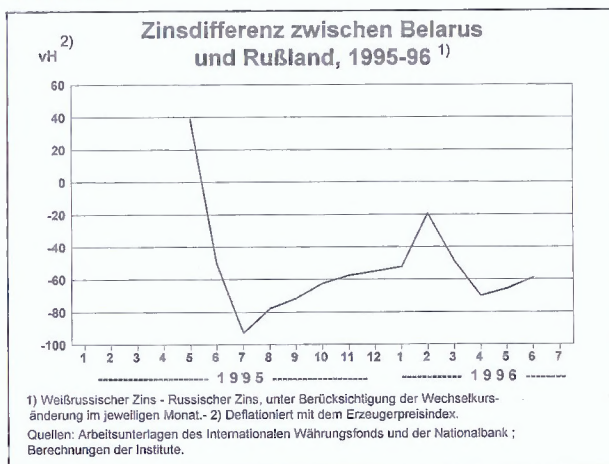


Schaubild 1b



Rußland, wo der offizielle Refinanzierungszins ein Mehrfaches der weißrussischen Sätze beträgt (vgl. Schaubilder 1a und 1b), bestehen. Die Zinssenkung erfolgte auf Anordnung des Präsidenten gegen den Widerstand der Notenbank und dokumentiert einen weiteren Autonomieverlust der Bank. Zu diesem Verlust trägt auch bei, daß bestimmte Sektoren der Volkswirtschaft wieder verstärkt durch die zentralisierten Kredite subventioniert werden. Beispielsweise beträgt der zulässige Mindestzins für Kredite an die Agroprombank oder die Promstrojbank nur 1 vH bzw. 14 vH per annum.

Die expansive Kreditpolitik der Zentralbank kam im 1. Halbjahr 1996 in einem Anstieg der Notenbankkredite von durchschnittlich 38 vH pro Quartal zum Ausdruck, was angesichts der gesunkenen Inflationsrate auch real einen erheblichen Anstieg bedeutete (vgl. Tabelle 10). Der Bargeldumlauf stieg insbesondere im 2. Quartal deutlich an. Daß die geldpolitische Lockerung noch nicht in einem stärkeren Anstieg der Geldmenge und damit in der Inflationsrate zum Ausdruck gekommen ist, ist auf Veränderungen des Geldangebotsprozesses und -nachfrageprozesses zurückzuführen. Auf der Angebotsseite setzte sich — als Folge der Wechselkursstabilisierung — die Abnahme der Devisenreserven der Notenbank fort. Die Währungsreserven der Zentralbank sanken allein im 1. Halbjahr 1996 um rund 40 vH. Von den Auslandsaktiva ging somit ein dämpfender Einfluß auf die Geldbasis aus, deren Wachstum im 1. Halbjahr 1996 allein von der Expansion der inländischen Aktiva der Zentralbank bestimmt wurde (vgl. Tabelle 11). Ferner ist der Geldschöpfungsmultiplikator gesunken; eine gegebene Erhöhung der Geldbasis führte daher zu einer geringeren Erhöhung der weiter gefaßten Geldmenge

Tabelle 10

Geldmengensaggregate: Wachstumsraten pro Quartal zum Vorquartal¹⁾
in vH

	1992	1993	1994	1995	1996		
	I-IV	I-IV	I-IV	I-IV	I	II	I-II
Geldbasis	95	93	157	38	14	25	19
Zentralbankkredite ²⁾	117	53	147	27	4	.	38
Bargeld	75	96	98	56	6	38	22
M3 ³⁾	57	82	112	27	7	11	9
Bankkredite ⁴⁾	.	.	.	28	9	.	8
<i>Nachrichtlich:</i>							
Verbraucherpreise	132	119	114	43	12	4	8
Erzeugerpreise	.	128	113	28	6	5	5

1) Die Zeitreihen wurden gegenüber früheren Berichten revidiert. 1992 bis 1995 und 1. Halbjahr 1996 (I-II): durchschnittliche Quartalswerte. — 2) Nettokredite. Da für das 1. Halbjahr 1996 lediglich Angaben über die Bruttokreditvergabe vorlagen, ist ein Rückschluß auf die Entwicklung in den einzelnen Quartalen nicht möglich. — 3) Einschließlich Konten in ausländischer Währung. — 4) Kredite der Geschäftsbanken.

Quellen: Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds und der weißrussischen Zentralbank; Berechnungen der Institute.

Tabelle 11

Herkunft und Verwendung der Zunahme der Geldbasis pro Quartal¹⁾
in vH

	1995				1996	
	I	II	III	IV	I	II
Herkunft						
Devisenreserven	87	54	—23	—289	1	—30
Inländische Aktiva	13	46	123	389	99	130
Verwendung						
Bargeld	53	63	94	228	26	93
Reserven der Geschäftsbanken	31	21	81	—112	76	5
Andere	16	16	—75	—16	—2	2

¹⁾ Absolute Zunahme der Geldbasis = 100 Prozent.

Quellen: Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds; Berechnungen der Institute.

M3²². Auf der Geldnachfrageseite hat eine zumindest seit dem 3. Quartal 1995 andauernde Erhöhung der Kassenhaltung, d.h. ein Sinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, das Inflationspotential der Geldmengenausweitung begrenzt. Diese erhöhte Kassenhaltung ist als Reaktion auf das Sinken der Inflation und die Durchsetzung positiver Zinsen auf neue Einlagen bei den Banken seit März 1996 zu erklären. Noch immer ist der Monetisierungsgrad der weißrussischen Volkswirtschaft mit einem Volumen von M3 in Höhe von 15,6 vH des BIP jedoch sehr gering.

Die Ausweitung zentralisierter Kredite und die damit verbundene selektive Vergabe von Krediten zu negativen Realzinsen bedeuten einen erheblichen Rückschritt auf dem Weg zu einem marktwirtschaftlich organisierten Banken- und Finanzsystem. Solange das Bankensystem dazu benutzt wird, den Fortbestand weicher Budgetbeschränkungen für einzelne Unternehmen und Sektoren zu sichern, können dringend erforderliche strukturelle Reformen nicht umgesetzt werden. Ein Indikator dieser weichen Budgetbeschränkungen ist der hohe und noch immer steigende Umfang der Verbindlichkeiten der Unternehmen²³. In den ersten sieben Monaten von 1996 stieg der reale Wert dieser Verbindlichkeiten um rund 25 vH; der Wert der Zahlungen, die bereits mehr als drei Monate überfällig waren, betrug im Mai etwa 120 vH des Volumens der Geldmenge M3. Die um sich greifende Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen kommt verstärkt auch in Kreditausfällen bei den Banken zum Ausdruck. Der offiziell ausgewiesene Anteil notleidender Kredite an den Kreditportfolios der Banken ist allein im Verlauf der ersten acht Monate des Jahres 1996 von 11,3 vH auf 15,4 vH gestiegen; bei Anwendung marktwirtschaftlicher Bilanzierungskriterien dürfte dieser Wert noch deutlich höher liegen.

In dieser Situation wäre ein umfassendes Reformkonzept erforderlich, das die Durchsetzung eines Konkursge-

setzes, die Rekapitalisierung und Privatisierung der Geschäftsbanken sowie die Einführung international üblicher Bewertungsstandards umfassen muß. Im Gegensatz dazu wird derzeit versucht, die Stabilität des Bankensystems durch administrative Eingriffe in die Autonomie der Banken aufrechtzuerhalten²⁴. Bereits im Oktober 1995 waren zwei große staatliche Banken miteinander fusioniert und eine Verlagerung von Einlagen bei anderen Banken hin zu der neu geschaffenen Bank angeordnet worden. Mitte 1996 wurde dann der ohnehin hohe staatliche Anteil am Kapital des Bankensystems noch weiter aufgestockt. Dies geschah nicht durch eine explizite Nationalisierung der Banken, vielmehr wurden Kapitalanteile des Staates, deren Wert durch die Neuemission von Aktien im Laufe der Zeit gesunken ist, indexiert. Ferner wurden mehrere klei-

²² Unklar ist noch, welchen Einfluß die seit Anfang Juli geltenden gestaffelten Mindestreservesätze auf den Geldmultiplikator haben. Statt bisher 12 vH ihrer Rubel einlagen und 10 vH ihrer Deviseneinlagen müssen die weißrussischen Geschäftsbanken nunmehr Reserven in Höhe von 15 vH aller Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu einem Monat, 10 vH auf Einlagen von mehr als einem und weniger als drei Monaten und 5 vH auf Einlagen von mehr als 3 Monaten Laufzeit halten; vgl. Nacyjanal'nij Bank Respubliki Belarus': O fonde objazatel'nych rezervov (Über den Fonds der obligatorischen Reserven), Nr. 02014/510, Juli 1996.

²³ Vgl. Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1996; O rabote ... janvar'-ijun', a.a.O. Betrachtet werden die Verbindlichkeiten der Unternehmen insgesamt (kreditorskaja zadolžennost). In diesen sind auch Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland — insbesondere Rußland — enthalten. Der Anteil der Auslandsverbindlichkeiten gegenüber Unternehmen ist im 2. Quartal 1996 leicht gesunken und lag im Juli bei rund 12 vH.

²⁴ Vgl. Minsk Economic News, Nr. 11/1996, S. 5, Nr. 13/1996, S. 5, Nr. 14/1996, S. 6, sowie Ukaz presidenta Respubliki Belarus': „O merach po regulirovaniju bankovskoj dejatel'nosti v Respublike Belarus', Nr. 209 vom 24. Mai 1996. In: Sobranie ukazov presidenta i postanovlenij kabineta ministrov Respubliki Belarus', Nr. 16/1996, S. 60-63.

nere Banken mit einer derjenigen Großbanken verschmolzen, die gezielt zur Finanzierung von Investitionsprojekten eingesetzt werden sollen. Darüber hinaus wurde durch ein Dekret des Präsidenten, das die Gehälter im Bankensektor an die allgemeine Lohnentwicklung koppelt, die Möglichkeit der Banken begrenzt, qualifiziertes Personal anzuwerben. Kredite von mehr als 10 000 US-Dollar müssen von der Zentralbank genehmigt werden, und die Möglichkeiten der Finanzierung von Investitionen durch die Banken wurden eingeschränkt.

Wechselkurspolitik

Trotz der Festlegung eines Kurskorridors von 11 300 bis 13 100 weißrussischen Rubel pro US-Dollar Ende Januar 1996 hat die Zentralbank bis Ende März 1996 einen Kurs von 11 500 Rubel verteidigt (vgl. Schaubild 2)²⁵. Durch die damit seit Frühjahr 1995 verfolgte Fixierung des Devisenkurses hat sich die reale Aufwertung des weißrussischen Rubels von rund 70 vH in 1995 gegenüber dem US-Dollar auch Anfang 1996 fortgesetzt. Allerdings hat sich die Aufwertungsrate mit 9 vH im 1. Quartal 1996 abgeschwächt. Zwischen Ende März und Anfang September 1996 wurde dann zwar eine nominale Abwertung des offiziellen Devisenkurses um 24 vH auf 14 300 Rubel zugelassen. Allerdings wäre eine Abwertung um etwa 75 vH auf rund 20 000 Rubel erforderlich gewesen, um die seit März 1995 entstandene Inflationsdifferenz zum westlichen Ausland auszugleichen. Zumindest die reale Aufwertung des 1. Quartals 1996 wurde jedoch im 2. Quartal wieder rückgängig gemacht.

Im Ergebnis hat die 1995 entstandene reale Aufwertung der weißrussischen Währung zum US-Dollar die Wettbewerbsfähigkeit weißrussischer Exporteure auf den Weltmärkten verschlechtert und den Konkurrenzdruck auf die heimischen Produzenten von Importsubstituten erhöht. Als Reaktion auf die daraus resultierende Verschlechterung der Handelsbilanz, auf die durch die Zinsdifferenz zu Rußland entstandenen Anreize zu Kapitalexporten und auf

Schaubild 2

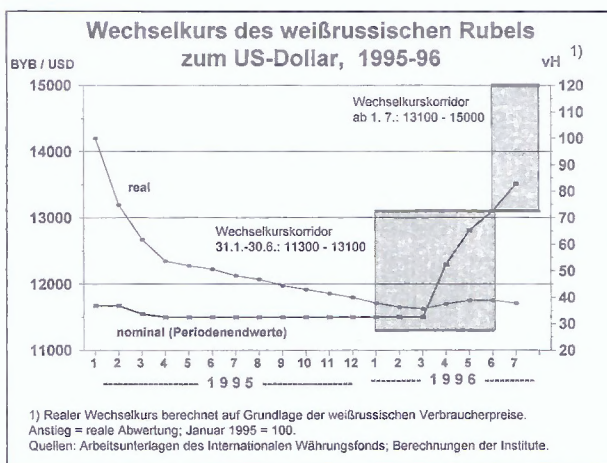
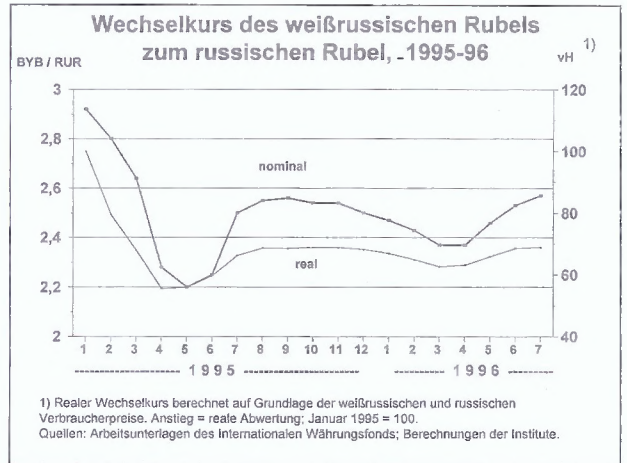


Schaubild 3



den Abfluß von Währungsreserven wurden zahlreiche Eingriffe in den Devisenmarkt vorgenommen. In jüngster Zeit hat sich de facto ein System gespaltener Wechselkurse herausgebildet. Die im Januar 1996 eingeführte vollständige Ablieferungspflicht für Exporterlöse²⁶ wurde im Juni zwar auf 50 vH gesenkt, und eine Gebühr auf den Kauf von Devisen wurde abgeschafft. Der Handel mit Devisen ist allerdings stark administrativ beschränkt; die Kurse der Zentralbank variieren zum Beispiel nach der Branche eines Unternehmens, das Devisen kaufen oder verkaufen will. Anfang September lag zwar der offizielle Devisenkurs der Zentralbank bei 14 300 Rubel pro US-Dollar. Der Bargeldkurs schwankte jedoch zwischen 16 000 und 18 000 Rubel, und auch auf dem Interbankenmarkt wurden bereits im Juli 16 000 Rubel für den US-Dollar erzielt²⁷. Ferner wird berichtet, daß sich zwischen Unternehmen ein Devisenschwarzmarkt gebildet hat, auf dem der US-Dollar zu einem Kurs von bis zu 17 000 Rubel gehandelt wurde. Die Herausbildung eines Devisenschwarzmarkts spricht dafür, daß der weißrussische Rubel überbewertet ist.

Ende Juni wurde der Wechselkurskorridor auf 13 100 bis 15 000 Rubel pro US-Dollar für das 2. Halbjahr 1996 angepaßt²⁸. Ein Präsidialerlaß legte fest, daß der Wechselkurs bis Jahresende auf nicht mehr als 15 500 Rubel steigen soll²⁹. Damit wird die bereits aufgelaufene reale Aufwertung des weißrussischen Rubels nicht beseitigt.

²⁵ Zum russischen Rubel wurde bisher keine feste Parität verteidigt, seit März 1996 hat der weißrussische gegenüber dem russischen Rubel sowohl nominal als auch real abgewertet (vgl. Schaubild 3).

²⁶ Bundesministerium für Wirtschaft: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa, Dokumentation Nr. 397, S. 105, Bonn 1996.

²⁷ Vgl. Minsk Economic News, Nr. 13/1996, S. 3.

²⁸ Vgl. Belarus Economic Trends, Monthly Update, Juli 1996, Minsk.

²⁹ Vgl. Ukaz presidenta Respubliki Belarus': „O dopolnitel'nych merach po uporiadočeniju valjutnogo regulirovanija na territorii Respubliki Belarus", Nr. 236 vom 28. Juni 1996. In: Sobranie ukazov presidenta i postanovlenij kabineta ministrov Respubliki Belarus, Nr. 19/1996, S. 67-69.

Außenwirtschaft

Im Laufe des Jahres 1996 hat sich die Zahlungsbilanzsituation gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Nach den vorliegenden Schätzungen wies die Leistungsbilanz bereits für die ersten fünf Monate ein Defizit von 593 Millionen US-Dollar auf; für das Gesamtjahr 1995 hatte das Leistungsbilanzdefizit lediglich 370 Millionen US-Dollar betragen (vgl. Tabelle 12). Das Handelsbilanzdefizit lag in den ersten fünf Monaten des Jahres 1996 bei 718 Millionen US-Dollar; bis Mitte des Jahres erreichte es 872 Millionen US-Dollar³⁰. Selbst wenn die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen von 367 Millionen US-Dollar in den ersten fünf Monaten teilweise nicht-registrierte Reexporte nach

Rußland widerspiegeln, ist der Trend zu einer Verschlechterung der Handelsbilanz deutlich.

Diese Entwicklung war vor allem auf höhere Importe aus den Staaten außerhalb der GUS zurückzuführen. Diese lagen in der 1. Jahreshälfte 1996 bei 1 194 Millionen US-Dollar, während sie im entsprechenden Vorjahreszeitraum lediglich 883 Millionen US-Dollar betragen hatten. Die Exporte in Staaten außerhalb der GUS betrugen im 1. Halbjahr 1996 noch 817 Millionen US-Dollar gegenüber 880 Millionen US-Dollar im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

³⁰ Ministerstvo statistiki i analiza Respubliki Belarus': Vnešnjaja trgovlja Respubliki Belarus' v janvare-ijune 1996 goda, S. 4.

Tabelle 12

Zahlungsbilanz¹⁾
in Mill. US-Dollar

	GUS		Drittländer		Insgesamt	
	1995	Jan. bis Mai 1996	1995	Jan. bis Mai 1996	1995	Jan. bis Mai 1996
Saldo der Leistungsbilanz	—474	—355	104	—237	—370	—593
Außenhandel	—620	—430	—40	—288	—660	—718
Exporte	2 599	1 413	1 776	662	4 375	2 075
Importe	—3 219	—1 843	—1 816	—950	—5 035	—2 793
Nicht-Faktor-Dienstleistungen	149	76	112	50	262	126
Einnahmen	166	83	447	168	613	251
Ausgaben	—17	—7	—335	—118	—352	—125
Faktor-Dienstleistungen	—4	—2	—47	—20	—51	—22
Einnahmen	2	0	0	0	2	0
Ausgaben	—6	—2	—47	—20	—53	—22
Transfers	0	0	78	21	79	21
Saldo der Kapitalverkehrs Bilanz	171	6	276	181	447	186
Kapitaltransfers	0	0	7	0	7	0
Sonstiger Kapitalverkehr	171	6	269	181	439	186
Direktinvestitionen	1	0	6	4	7	4
Handelskredite	—38	—53	127	32	89	—21
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	34	0	47	63	81	63
Kurzfristiger Kapitalverkehr	174	59	89	82	263	140
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	314	334	—290	33	24	367
Finanzierung ²⁾						
Nettoauslandsposition des Bankensystems	—10	16	—90	24	—100	39
darunter: Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF	0	0	181	0	181	0

¹⁾ In Anlehnung an die Gliederung der weißrussischen Nationalbank. — ²⁾ „—“ bedeutet Zunahme der Nettoauslandsforderungen.

Quellen: Arbeitsunterlagen der weißrussischen Nationalbank; Berechnungen der Institute.

Der Handel mit Deutschland hat sich ungünstiger entwickelt als der Handel mit Staaten außerhalb der GUS insgesamt. Nach der deutschen Außenhandelsstatistik schrumpften die weißrussischen Importe aus Deutschland im 1. Halbjahr 1996 um 16 vH und die Exporte nach Deutschland um 39 vH. Allerdings war dieser starke Rückgang auf einzelne Warengruppen begrenzt: Die weißrussischen Einfuhren aus Deutschland verzeichneten vor allem bei Erzeugnissen des Maschinenbaus und der Elektrotechnik Einbrüche. Dies war darauf zurückzuführen, daß 1996 die Hermes-Deckungen für Lieferungen nach Weißrußland kaum noch in Anspruch genommen werden konnten. Die weißrussischen Exporte gingen vor allem bei Kunstfasern und Rohaluminium zurück.

Die Steigerung der Importe aus Drittländern und die Verringerung der entsprechenden Exporte ist vor allem der dramatischen realen Aufwertung des weißrussischen Rubels im Jahresverlauf 1995 zuzuschreiben. Selbst durch die administrativen Importbeschränkungen — etwa die zehnprozentige Sondersteuer auf den Devisenerwerb sowie die Ablehnung von Kaufaufträgen für Devisen für „nicht-essentielle“ Importe — konnte der Importanstieg nicht verhindert werden. Hinzu kam vermutlich verstärkte Kapitalflucht durch Überfakturierung von Importen und Unterfakturierung von Exporten.

Zwar hat die Nationalbank ab Mitte 1996 eine geringe Abwertung des weißrussischen Rubels zugelassen. Diese reicht jedoch nicht aus, um das Handelsbilanzdefizit auf ein Maß zurückzuführen, das mit den freiwilligen Kapitalzuflüssen nach Belarus vereinbar ist. Die beharrliche Weigerung der maßgeblichen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger, die fehlgeschlagene Wechselkursfixierung zu korrigieren, muß schwerwiegende Zweifel an ihrer grundsätzlichen Reformbereitschaft wecken. In den Jahren 1994 und 1995 war bereits einmal ein weitgehend verzerrungsfreies Außenhandels- und Wechselkursregime entstanden, das auch — wie im letzten Bericht der Institute beschrieben — erste Früchte in Form wachsender „nicht-traditioneller“ weißrussischer Exporte in westliche Staaten getragen hatte. Die administrativen Eingriffe in den Außenhandel und den Devisenmarkt haben diese ohnehin bescheidenen Reformschritte zunichte gemacht, ohne daß dem irgendein wirtschaftlicher Nutzen gegenübergestanden hätte.

Belarus hat im Jahr 1996 seine Bemühungen um eine Vertiefung der wirtschaftlichen Integration mit Rußland fortgesetzt. So sieht der Vertrag vom April 1996 in allgemeiner Form die „Synchronisierung“ der nationalen Wirtschaftspolitiken in zahlreichen Feldern vor. Bisher ist nicht erkennbar, ob es hierdurch zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Transformation in Belarus kommen wird; dies wäre die logische Folge einer tatsächlichen Synchronisierung, da der Reformprozeß in Rußland in vielen Bereichen weiter fortgeschritten ist.

Wenig ermutigend sind allerdings die praktischen Erfahrungen mit der Harmonisierung nationaler Politiken im

Rahmen der bereits bestehenden „Zollunion“ zwischen Rußland und Belarus, der inzwischen Kasachstan und Kirgistan beigetreten sind. Die beteiligten Staaten haben zwar ihre nationale Souveränität über die Außenhandelspolitik behalten, sich aber zu einer Vereinheitlichung der tarifären und nicht-tarifären Maßnahmen und in diesem Zusammenhang zu umfassenden Konsultationen verpflichtet. Im Verlauf des Jahres 1996 hat nun Rußland beim Importzolltarif eine zunehmend protektionistische Linie verfolgt. Die übrigen Staaten haben sich diesen Änderungen zwar weitgehend angeschlossen. Jedoch haben sowohl Belarus als auch Kasachstan die Zollsätze für wichtige Gütergruppen abweichend sowohl von den russischen als auch von den früheren gemeinsamen Sätzen festgelegt. Außerdem haben sowohl in Rußland als auch in Belarus einzelne Organisationen weitreichende Zollbefreiungen für Importe aus Drittländern erhalten, ohne daß geklärt worden wäre, wie ein Reexport der zollbefreiten Importe in das jeweils andere Mitgliedsland verhindert werden kann. Nach der Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen Belarus und Rußland ist hier keine Kontrolle des Warenursprungs mehr möglich.

Faktisch besteht also zwischen Belarus, Rußland, Kasachstan und Kirgistan zur Zeit eher eine Freihandelszone mit unterschiedlichen nationalen Politiken gegenüber Drittstaaten als eine Zollunion mit einer einheitlichen Außenhandelspolitik. Ohne interne Grenzkontrollen können die nationalen Politiken durch Umwegimporte u.ä. leicht unterlaufen werden (Handelsablenkung). Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis hieraus praktische Konsequenzen gezogen werden müssen: Zum einen könnte eine echte Zollunion geschaffen werden, deren supranationale Organe die Außenhandelspolitik für alle beteiligten Staaten verbindlich festlegen. Dies würde insbesondere eine Einigung der beteiligten Staaten über die Grundlinien der Außenhandelspolitik sowie über die Verteilung der Zolleinnahmen voraussetzen. Aus weißrussischer Sicht hätte dies den Vorzug, daß Grenzkontrollen zwischen Belarus und Rußland endgültig der Vergangenheit angehörten und damit die Transaktionskosten für etwa die Hälfte des weißrussischen Außenhandels niedrig gehalten würden. Dem stünde der Nachteil einer Zollstruktur gegenüber, die in der Praxis durch die Interessen russischer Produzenten und nicht durch die Interessen der von der Wirtschaftsstruktur her unterschiedlichen weißrussischen Volkswirtschaft bestimmt würde. Falls hingegen eine echte Zollunion nicht geschaffen wird, müßten in der faktisch bereits existierenden Freihandelszone die Ursprungsregeln für den gemeinschaftsinternen Handel mittels Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsländern überwacht werden. Damit würde die Notwendigkeit einer Einigung auf eine gemeinsame Außenhandelspolitik gegenüber Drittländern entfallen.

In einem weiteren Abkommen vereinbarten Belarus und Rußland mit Wirkung zum Jahresbeginn 1996 einen gegenseitigen Forderungsverzicht. Dazu zählen insbesondere „technische Kredite“ Rußlands an Belarus als Zah-

lungsbilanzhilfe aus dem Jahre 1993 sowie weißrussische Zahlungsrückstände aus dem Bezug von Erdgas von dem russischen Konzern Gasprom. Die weißrussischen Forderungen bezogen sich auf die Kosten der Beseitigung ökologischer Altlasten in ehemals russischen Militärbasen, auf eingefrorene Guthaben weißrussischer Unternehmen bei der russischen Außenhandelsbank, auf russische Zahlungsrückstände für Nuklearmaterial, das im Zuge der Abrüstung von Belarus an Rußland überstellt worden war, sowie auf Stationierungskosten für russisches Militär in den Jahren 1992 bis 1995.

Intern hat die weißrussische Regierung als Reaktion auf dieses Abkommen die Zahlungsrückstände aus Gaslieferungen aller staatlichen Organe gegenüber der staatlichen Verteilorganisation Beltopgas gestrichen. Da die Belieferung der privaten Haushalte über kommunale Netze erfolgt, erstreckt sich die Schuldenstreichung auf einen großen Teil der heimischen Gasverbraucher. Gleichzeitig wurde die Rückzahlung entsprechender Schulden seitens der Unternehmen gegenüber Beltopgas auf mehrere Jahre gestreckt. Damit hat die weißrussische Regierung einen Präzedenzfall geschaffen: Ihr Vorgehen läßt erwarten, daß auch in Zukunft die Subventionen für den privaten Energieverbrauch nicht — wie geplant — konsequent zurückgefahren werden und die Unternehmen auch keine Verschärfung der finanziellen Disziplin befürchten müssen. Als Reaktion hierauf hat sich offenbar die Zahlungsmoral der Unternehmen weiter verschlechtert. Beltopgas befindet sich gegenüber dem russischen Konzern Gasprom schon wieder in wachsendem Zahlungsrückstand, weil die weißrussischen Verbraucher ihre Rechnungen nicht begleichen³¹.

Mangelnde Transparenz hinsichtlich der Anwendung marktwirtschaftlicher Regeln kennzeichnet auch weiterhin das Verhältnis von Belarus zu Rußland. So erhält Belarus Erdgas zu einem Preis zwischen dem (niedrigen) russischen Inlandspreis und dem Weltmarktpreis. Gleichzeitig zahlt jedoch der russische Konzern Gasprom — anders als in der Ukraine und in Polen — keine Gebühren für die Nutzung von weißrussischem Territorium für Pipelines zur Durchleitung von Erdgas nach Westeuropa. Wenn der russische Inlandspreis und damit auch der weißrussische Bezugspreis mittelfristig an den Weltmarktpreis herangeführt werden, wird sich diese Regelung für Belarus als nachteilig erweisen, wenn nicht gleichzeitig Benutzungsgebühren für die Pipelines erhoben werden.

Ordnungspolitische Entwicklung

Ordnungspolitisch sind gegenwärtig keine Reformen mehr zu beobachten. In einigen Bereichen finden sogar Rückschritte statt. Neben fehlenden Fortschritten bei der Privatisierung staatlicher Unternehmen hemmen verschiedene staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsabläufe die Entwicklung neuer Privatunternehmen und die Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen.

Die Privatisierung verläuft im Vergleich zu anderen Transformationsländern weiterhin äußerst schleppend (vgl. Tabelle 13). Im Zeitraum von 1991 bis Mitte 1996 waren nur

³¹ Von Anfang Februar bis Mitte September 1996 sind Rückstände in Höhe von 165 Millionen US-Dollar aufgelaufen; vgl. OMRI Daily Digest, Nr. 181/1996.

Tabelle 13

Zahl privatisierter und umgewandelter Unternehmen nach Eigentumsform und Privatisierungsverfahren

	1991	1992	1993	1994	1995	1996 1. Hj.	Insgesamt
Privatisierte und umgewandelte Unternehmen	61	190	244	632	468	89	1 684
Republikseigentum	19	32	140	184	53	0	428
Privatisiert durch:							
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	0	102
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	23
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	3	68	152	52	0	278
Kommunales Eigentum	42	158	104	448	415	89	1 256
Privatisiert durch:							
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	16	239
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	74	248	172	65	620
Umwandlung in Aktiengesellschaften	0	1	3	65	208	8	285

Quelle: Belorusskij rynok, Nr. 31/1996, S. 14.

1 684 Unternehmen, davon 428 staatliche und 1 256 kommunale Unternehmen, entstaatlicht worden.

Die Unternehmen wurden überwiegend in Kapitalgesellschaften umgewandelt, ohne daß anschließend eine tatsächliche (Teil-)Privatisierung stattgefunden hätte. Im staatlichen Sektor werden noch immer rund 85 vH des BIP erwirtschaftet.

Die im Privatisierungsprogramm für 1996 genannte ambitionierte Zielvorgabe, über 500 staatliche und etwa 1 000 kommunale Unternehmen in die Privatisierung einzubeziehen, wird nicht erfüllt werden³². In den ersten Monaten 1996 war das Programm u.a. aufgrund der Neuregistrierung der Unternehmen de facto ausgesetzt. Daher wurden bis zur Jahresmitte nur 89 kommunale Betriebe privatisiert. Große Staatsunternehmen wurden noch nicht einmal — wie in den Vorjahren — in Kapitalgesellschaften umgewandelt. Auch ihre Restrukturierung wurde nicht in Angriff genommen. Beobachtet werden konnte 1996 nur eine Entflechtung öffentlicher Unternehmen, deren Zahl um 40 vH auf 9 132 gestiegen ist³³.

Im Rahmen der Voucherprivatisierung ist die Frist für die Ausgabe der Schecks bis zum 1. Juli 1997 verlängert worden³⁴. 1996 ist trotz des geringen Angebots an zu privatisierenden Objekten die Scheckausgabe vorangekommen. Zum 1. August hatten 73 vH (1. Dezember 1995: 54,5 vH) der berechtigten Personen einen Antrag auf Zuteilung der Schecks gestellt³⁵. Von diesen haben fast 80 vH ihr Zertifikat erhalten. Nur ein Viertel der Bevölkerung hat ihre Schecks teilweise oder vollständig gegen Anteile an Unternehmen oder an den Investmentfonds eingelöst. Die bislang noch nicht verwendeten Eigentumschecks sollen in Schecks zur Privatisierung von Wohnungen umgetauscht werden können³⁶. Zwischen 1989 und 1996 wurden nur 665 700 Wohnungen verkauft; dies entspricht lediglich 37 vH der ursprünglich zur Privatisierung vorgesehenen Einheiten³⁷. Die Zahl der im Monatsdurchschnitt privatisierten Wohnungen ist im 1. Halbjahr 1996 auf 6 730 (1995: 9 400) gesunken. Das abnehmende Tempo weist bei dem hohen verbliebenen Bestand zu privatisierender Wohnungen auf Verzögerungen der Wohnungsprivatisierung hin.

Der Umfang des privaten Sektors wird neben der Privatisierung bestehender Unternehmen auch von Neugründungen bestimmt. Der Marktzutritt wurde lange Zeit erschwert und im Jahresverlauf 1996 sogar vollständig verhindert. Am Jahresanfang 1996 war zunächst die Registrierung neuer Unternehmen eingestellt worden. Seit Sommer müssen sich die privaten Betriebe — ebenso wie die staatlichen Unternehmen — neu registrieren lassen³⁸. Die Neuregistrierung, die bis zum 1. Januar 1997 abgeschlossen sein soll, ist an eine Reihe höchst dubioser Bedingungen geknüpft. So sollen Betriebe geschlossen werden, deren Management nicht am Unternehmensstandort gemeldet ist, oder die eine andere als in den Gründungsdokumenten vorgesehene Tätigkeit ausüben. Eine Betriebsschließung ist weiterhin vorgesehen, wenn ein Unternehmen seinen Gewinn zu gering ausgewiesen, Steuern hinterzogen hat

oder Verlust ausweist. Würde letztere Bestimmung tatsächlich angewandt, so müßten auch die staatlichen Verlustbetriebe geschlossen werden. Da diese bislang vor Insolvenzverfahren verschont wurden, ist zu erwarten, daß vor allem privaten Unternehmen die Neuregistrierung verweigert werden soll. Private Neugründungen werden gleichzeitig dadurch erschwert, daß es den Anteilseignern von aufgelösten Unternehmen mit Steuerschulden verboten ist, einen Betrieb zu eröffnen. Außerdem soll die Zahl nicht-staatlicher Unternehmen im Handel reguliert, also der freie Marktzutritt in diesem Bereich beschränkt werden. Aufgrund dieser Maßnahmen ist 1996 eher mit einer Abnahme als mit einer Zunahme des privaten Sektors³⁹ zu rechnen.

Parallel zur langsamen Privatisierung staatlicher Unternehmen und zur Behinderung der privaten Unternehmen erhöht der Staat seine Einflußnahme auf wichtige Wirtschaftszweige, u.a. auf den Bankensektor. Darüber hinaus sollen nach russischem Vorbild Finanz-Industrielle Gruppen gebildet werden. Das grundlegende Dekret von November 1995 erwähnt ausdrücklich die Beteiligung rus-

³² Vgl. Ukaz presidenta Respubliki Belarus': „Ob utverždenii Programmy razgosudarstvlenija i privatizacii gosudarstvennych ob-ektov, nachodjaščichsja v respublikanskoj sobstvennosti, na 1996 god“, Nr. 526 vom 30. Dezember 1995. In: Sobranie ukazov presidenta i postanovlenij kabineta ministrov Respubliki Belarus', Nr. 36/1995, S. 75-82.

³³ Angaben für den Zeitraum Januar bis April 1996 in: Government of Belarus. European Expertise Service (1996): Belarus Economic Trends, Monthly Update, Juli 1996, S. 14 sowie Anhang Tab. 9.3.

³⁴ Vgl. zur Voucherprivatisierung: Die wirtschaftliche Lage Weißrusslands: Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Vierter Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1994. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 234/1994 sowie als IWH Forschungsreihe, Nr. 4/1994 veröffentlicht.

³⁵ Vgl. Belorusskij rynok, Nr. 34/1996, S. 6.

³⁶ Vgl. Belorusskij rynok, Nr. 33/1996, S. 6.

³⁷ O rabote ... janvar' -ijun', a.a.O., S. 97.

³⁸ Ukaz presidenta Respubliki Belarus': „O nekotorych merach po uporyadočeniju dejatel'nosti sub-ektov chozjajstvovanija“, Nr. 208 vom 24. Mai 1996. In: Sobranie Ukazov presidenta i postanovlenij kabineta ministrov Respubliki Belarus', Nr. 16/1996, S. 55-60. Vgl. zu den Bestimmungen des Dekrets auch Minsk Economic News, Nr. 11/1996, S. 6.

³⁹ Allerdings ist die Politik hinsichtlich des privaten Sektors widersprüchlich. Die kleinen Unternehmen, die von der Neuregistrierung besonders betroffen sind, sollen ab 1997 durch ein staatliches Unterstützungsprogramm gefördert werden. Vgl. Ukaz presidenta Respubliki Belarus': „O gosudarstvennoj podderžke malogo predprinimatel'stva“, Nr. 262 vom 19. Juli 1996. In: Sobranie ukazov presidenta i postanovlenij kabineta ministrov Respubliki Belarus', Nr. 21/1996, S. 67-71.

sischer juristischer Personen an diesen Gruppen⁴⁰. Der Anreiz für Banken und Unternehmen, sich zusammenzuschließen, liegt u.a. in den vom Staat in Aussicht gestellten Vergünstigungen wie Garantien für Investitionskredite⁴¹. Zudem kann einer Finanz-Industriellen Gruppe als Treuhänder das staatliche Aktienpaket an den Gruppenmitgliedern übertragen werden. Dabei ist entsprechend der unzureichenden Kommerzialisierung des Unternehmens- und Bankensektors ein effizienter Umgang mit den staatlichen Anteilen nicht gewährleistet, und es ist auch nicht zu erwarten, daß die Banken an den an ihrer Gruppe beteiligten Unternehmen eine Restrukturierung einleiten werden. Darüber hinaus dürfte der Staat seine Entscheidung über die Auswahl der zu begünstigenden Gruppen und die Höhe der gewährten Unterstützungen nicht anhand von ökonomischen Kriterien treffen und den Strukturwandel in die falsche Richtung lenken.

Bei der Liberalisierung von Preisen und Märkten hatte Belarus in der Vergangenheit zwar Fortschritte gemacht. Liberalisierungsmaßnahmen wurden aber teilweise oder vorübergehend zurückgenommen. Neben den Eingriffen in den Devisenmarkt ist hierfür die Preispolitik ein Beispiel. Anfang 1996 bestanden Höchstpreise nur noch für einige Güter des Grundbedarfs, u.a. für Energie. Ende August 1996 indes wurden per Dekret nicht nur die Preise für einige Nahrungsmittel bis Jahresende eingefroren, sondern der Präsident hat zudem verfügt, daß die Preise im übrigen nur noch entsprechend dem Anstieg der Löhne zunehmen dürfen; staatliche Stellen sind für die Preisregulierung zuständig⁴².

Die künftige ordnungspolitische Entwicklung ist vor dem Hintergrund des am 2. April 1996 mit Rußland geschlossenen und am 29. August in Kraft getretenen Unionsvertrags zu sehen. Im Vertrag ist u.a. festgehalten, daß beide Staaten natürlichen Personen gleiche Eigentumsrechte gewährleisten und die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Antimonopolpolitik, der Steuern und staatlichen Unterstützungen für die Produktion vereinheitlichen. Auf den genannten Gebieten bestehen zwar auch in Rußland noch gravierende Mängel. Da Rußland jedoch insgesamt in der ordnungspolitischen Entwicklung wesentlich weiter vorangeschritten ist, könnten von der Union wichtige Impulse für die Gestaltung der Ordnungspolitik in Weißrußland ausgehen. Allerdings wurden bislang von weißrussischer Seite kaum konkrete Schritte unternommen, die Integrationsbemühungen auch umzusetzen.

Die im Unionsvertrag angekündigten ordnungspolitischen Schritte werden dadurch in Frage gestellt, daß der Präsident die hierzu notwendige Gesetzgebung behindert. Zudem weigert er sich, Dekrete aufzuheben, die das Verfassungsgericht für nicht verfassungskonform erklärt hat⁴³. Darüber hinaus hat er Änderungen der Verfassung vorgeschlagen, die ihm mehr Rechte bei der Bestellung der Verfassungsrichter einräumen und es ihm erlauben würden, teilweise die Senatoren des neu zu schaffenden Senats zu ernennen. Im für November geplanten Referen-

dum soll auch über das private Eigentum an Grund und Boden abgestimmt werden, das vom Präsidenten strikt abgelehnt wird.

Zusammenfassung und Ausblick

Unter den mittel- und osteuropäischen Ländern stellt Belarus seit Jahren eine Ausnahme dar: Zu keinem Zeitpunkt hatte der Transformationsprozeß jene kritische Masse erreicht, die eine Umkehrbarkeit der politischen und wirtschaftlichen Reformen ausschließt. Die Glaubwürdigkeit des Reformprozesses und der Stabilisierungspolitik blieb immer in Frage gestellt. Der Anteil des staatlich kontrollierten Sektors ist mit gegenwärtig 85 vH des BIP der höchste unter allen Transformationsländern. Die Umstände der Neuregistrierung privater Unternehmen und die faktisch abgebrochene Privatisierung großer staatlicher Unternehmen lassen nun befürchten, daß eine Transformation zu einer Marktwirtschaft nicht mehr das Ziel der Politik ist. Dafür sprechen auch die Wiedereinführung von Preis- und Devisenmarktkontrollen und die schleichende Rezentralisierung des Bankensektors.

Die Kosten dieser Restauration versucht die weißrussische Regierung seit Jahren vor allem auf Rußland abzuwälzen. Die Streichung eines Teils der russischen Forderungen aus ohnehin subventionierten Gaslieferungen zu Beginn des Jahres mag diese Hoffnungen bestärkt haben. Ungeachtet des Forderungsverzichts zeichnen sich gravierende Folgen der Reformrückschritte im laufenden Jahr ab: Die Investitionen werden erneut massiv rückläufig sein, und auch die Realeinkommen werden abnehmen. Zusätzlich hat sich der seit Ende 1995 zu beobachtende massive Abfluß von Währungsreserven im Zusammenhang mit der

⁴⁰ Vgl. Ukaz prezidenta Respubliki Belarus': „O sozdanii i dejatel'nosti v respublike chozjajstvennych grupp“, Nr. 482 vom 27. November 1995. In: Sobranie ukazov prezidenta i postanovlenij kabineta ministrov Respubliki Belarus', Nr. 34/1995, S. 59-61. Erst im Sommer 1996 folgten die rechtlichen Bestimmungen über die Registrierung der Gruppen. Vgl. Postanovlenie kabineta ministrov Respubliki Belarus': „O gosudarstvennoj registracii finansovopromyšlennych i inych chozjajstvennych grupp, okazanii im gosudarstvennoj podderžki, predostavlenii pravitel'stvennych garantij“, Nr. 402 vom 19. Juni 1996. In: Sobranie ukazov prezidenta i postanovlenij kabineta ministrov Respubliki Belarus', Nr. 18/1996, S. 68-71.

⁴¹ Darüber hinaus sind weitere staatliche Hilfen möglich, die allerdings in Belarus bislang noch nicht näher bestimmt worden sind. In Rußland können die Gruppen u.a. ihre Abschreibungsfristen selbständig festlegen. Vgl. Federal'nyj zakon „O finansovopromyšlennych gruppach“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 49/1995, S. 8748-8756.

⁴² Vgl. Ukaz prezidenta Respubliki Belarus': „O nekotorych merach po uporyadočeniju cenoobrazovanija na territorii Respubliki Belarus'“, Nr. 345 vom 30. August 1996. In: Nacyjanal'naja ekonomičnaja gazeta vom 4. September 1996, S. 12.

⁴³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. September 1996, S. 7.

Verschlechterung der Leistungsbilanz fortgesetzt. Die Industrieproduktion nimmt zu, dies überträgt sich allerdings nicht in einen entsprechenden Anstieg der Wertschöpfung. In Übereinstimmung mit Schätzungen des Internationalen Währungsfonds sehen die Institute unter den reformwidrigen Rahmenbedingungen für das laufende Jahr keine gesamtwirtschaftliche Trendwende. Nach ihrer Einschätzung wird das BIP auch 1996 schrumpfen, und zwar in einer Größenordnung bis 5 vH.

Im Staatshaushalt war eine deutliche Verschiebung der Subventionspolitik von der Ausgaben- zur Einnahmenseite in Form von selektiven Steuernachlässen und -vergünstigungen zu beobachten. Ein Anstieg des Budgetdefizits konnte letztlich auch deshalb vermieden werden, weil die weißrussische Regierung russische Forderungen aus laufenden Gaslieferungen nicht fristgerecht bediente. Offensichtlich erhofft sie sich erneut einen Forderungsverzicht; dieser belief sich 1995 auf nennenswerte 7 vH des BIP. Die Durchreichung dieser Schuldenstreichung an den Energiesektor und damit die Energieverbraucher in der Industrie hat die Subventionsmentalität konserviert.

Auf seiten der Geldpolitik mehrten sich angesichts einer neuerlichen Kreditexpansion zur Befriedigung diverser Ansprüche an das Sozialprodukt die Anzeichen, daß monetäre Stabilität in Zukunft keine Priorität erhalten wird. Diese Befürchtung wird vor allem durch die willkürlichen Eingriffe des Präsidenten in die Autonomie der Nationalbank genährt. Dafür spricht auch die Renaissance der Notenbankkreditvergabe über zentralisierte, niedrig verzinsten Kredite. Somit gerät die Geld- und Kreditpolitik in das Fahrwasser einer administrativen Lenkung der Ressourcenvergabe.

Vor diesem Hintergrund werden die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung — Rückgang der Geldentwertungsrate auf unter 50 vH für 1996 — aller Wahrscheinlichkeit nach nicht von Dauer sein. Zum einen sind sie insofern der Schuldenstreichung durch Rußland zu verdanken, als indirekt das Budget entlastet und notwendige Preisanpassungen vermieden wurden. Zum anderen haben ein überbewerteter Wechselkurs und der damit verbundene starke Anstieg der Importe preisdämpfend gewirkt. Schließlich trägt die Ausweitung der Preiskontrollen zu einer zurückgestauten Inflation bei, die einen zukünftigen neuerlichen Reformanfang mit einer Anpassungs-inflation belasten muß.

Die Hoffnungen der weißrussischen Führung auf eine ständige externe Alimentierung der verschiedenen Ansprüche an das Sozialprodukt könnten sich schnell als trügerisch erweisen. Eine Wiederholung der Schuldenstreichung durch Rußland ist nicht garantiert. Nach wie vor sind keine ernsthaften Schritte zur Einführung der Währungsunion zu beobachten, von der Belarus zu profitieren gedenkt. Hinzu kommt, daß Kredite und Finanzhilfen aus dem Westen faktisch eingestellt worden sind. Unter diesen Umständen muß die sich abzeichnende Umorientierung in der Geldpolitik im Verein mit der strukturkonservierenden

Fiskal- und Einkommenspolitik zu einem steigenden Inflationsdruck führen. Dies löst einen Domino-Effekt aus: Noch bestehende Freiheiten auf dem Gebiet der Preisbildung, der privaten Wirtschaft und der Außenwirtschaft werden unweigerlich beseitigt. Ein Beispiel dafür liefert die Wechselkurspolitik. Der Versuch, einen überbewerteten Kurs zu verteidigen, hat zu einem Anstieg des Leistungsbilanzdefizits und zu einem Abfluß von Währungsreserven geführt. Nötig wäre eine entschiedene Korrektur der Überbewertung. Die Logik der Restauration hat statt dessen zu Devisenkontrollen geführt. Um diese Logik zu brechen und das Reformpotential zu nutzen, ist ein ordnungspolitischer Neuanfang notwendig. Voraussetzung dafür sind deutliche und glaubwürdige Verpflichtungen der wirtschaftspolitischen Handlungsträger. An allererster Stelle ist das Recht auf privates Eigentum an Produktionsmitteln, einschließlich Grund und Boden, zu garantieren. Dieses Prinzip muß auch in der Rechtswirklichkeit durchgesetzt werden. Darüber hinaus gehören Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung zu dem Fundament, ohne das alle im folgenden diskutierten ablaufpolitischen Empfehlungen hinfällig werden.

Im Mittelpunkt dieser Ablaufpolitik muß die Beseitigung der Überbewertung liegen. Diesem Ziel kann ein Wechselkursanker dienen, wenn die Währung in der jetzigen Situation einmalig auf ein Unterbewertungsniveau abgewertet wird. Die Erfahrungen Polens und der Tschechischen Republik belegen, daß ein Wechselkursanker allein zwar kein radikales Reformprogramm erzwingen, aber ein vorhandenes Reformpotential freisetzen kann. Dieses Potential ist in Exportbranchen vorhanden, umfaßt jedoch auch den Abbau der verschwenderischen Nutzung von Energie-ressourcen und mehr Entfaltungsspielraum für heimische importsubstituierende Industrien (einschließlich Landwirtschaft).

Der Anker kann nur dann halten, wenn er von einer geeigneten Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik begleitet wird. Dazu gehört, daß

- die Rückkehr zu einer expansiven Geld- und Kreditpolitik — mit dem Ziel, die Preiseffekte der Abwertung zu kompensieren — bindend ausgeschlossen ist,
- die Einnahmensituation in den öffentlichen Haushalten durch Streichung von Steuervergünstigungen und durch Verbreiterung der Besteuerungsbasis nachhaltig verbessert wird,
- sich die Lohnpolitik an der Produktivitätsentwicklung orientiert und damit ebenfalls hart gegenüber Forderungen nach Kompensation von abwertungsbedingten Realeinkommenseinbußen bleibt.

Der Übergang zu einem flexibleren Wechselkursanker ist zu gegebener Zeit, d.h. nach einem erfolgreichen Aufbau von Devisenreserven und wiedergewonnener Glaubwürdigkeit des Reform- und Stabilisierungskurses, in Erwägung zu ziehen.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden ordnungs- und ablaufpolitischen Entwicklung lassen sich folgende

Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1997 zeichnen:

Eine fortgesetzte reale Aufwertung des weißrussischen Rubels wird die Handelsbilanz weiter verschlechtern. Versuchen der Regierung, eine derartige Entwicklung durch restriktive Maßnahmen (verstärkte Devisenbewirtschaftung und/oder Marktabschottung) aufzuhalten, werden keine Erfolgchancen eingeräumt. Auch wenn Rußland erneut Defizite finanzieren sollte, wird ein Rückgang der Exporte in Länder außerhalb der GUS nicht zu vermeiden sein. Hinzu kommen Beeinträchtigungen des nach wie vor nur schwachen privaten Sektors, der nicht wie in anderen Transformationsländern Produktions- und Einkommensausfälle im staatlichen Sektor zu kompensieren vermag. Unter diesen Voraussetzungen ist auch für das kommende

Jahr noch kein Wirtschaftswachstum zu erwarten. Vielmehr wird das BIP in einer Größenordnung von weiteren 3 vH sinken. Mittelfristige Szenarien des Internationalen Währungsfonds, denen zufolge für 1997 ein reales Wachstum von 4 vH erwartet werden könnte, stehen unter dem expliziten Vorbehalt, daß Belarus einen überzeugenden Reformkurswechsel vornimmt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehen die Institute dafür keinerlei Anzeichen.

Was die Geldwertstabilität betrifft, so sind einerseits inflationäre Impulse aus der Geld- und Kreditpolitik zu erwarten, andererseits jedoch die statistisch preisdämpfenden Effekte von administrativen Preiskontrollen. Die offizielle Geldentwertungsrate wird deshalb 1997 nicht wesentlich unterhalb einer Jahresrate von 50 vH liegen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3-428-05800-3). DM 19,80 / öS 145,— / sFr 20,—.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3-428-06201-9). DM 56,— / öS 409,— / sFr 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3-428-06311-2). DM 54,— / öS 394,— / sFr 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. (3-428-06387-2). DM 82,60 / öS 603,— / sFr 83,—.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. (3-428-07253-7). DM 62,— / öS 453,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3-428-07380-0). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3-428-07479-3). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. (3-428-07521-8). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen ToepeI. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 8 97 89-0 — Telefax (0 30) 8 97 89 200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Wolfram Schretil, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304